

Anlage zur „Zusammenfassung, Ergebnisse, Anforderungen für uns“ bei der Veranstaltung „100 Tage Schwarz-Rot“ am 12.03.06 in Frankfurt, Gewerkschaftshaus

Mögliche Kernprojekte einer gesellschaftspolitischen Alternative

1. *Eine grundlegend andere Wachstums-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik*

Ein solcher, grundlegender Politikwechsel müsste eine wirtschaftspolitische Wachstumsstrategie stärker als bisher mit Kriterien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit abgleichen, mit einer grundsätzlichen Reform des Euro-Finanzregimes (Veränderung des „Defizit-Kriteriums“ und der Aufgabenbestimmung der Europäischen Zentralbank) und einer öffentlich initiierten und finanzierten Beschäftigungspolitik einher gehen. Im Rahmen einer solchen Konzeption wären ein hinreichendes öffentliches Investitionsprogramm in gesellschaftliche Bedarfswelder (z. B. soziale, ökologische und verkehrstechnische Infrastruktur) sowie die Konzipierung und Finanzierung eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung zu sozial geschützten und tariflich entlohnten Bedingungen unverzichtbar.

2. *Die solidarische Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme*

Eine solidarische Reform der sozialen Sicherungssysteme hätte sich an drei Kernbegriffen als Leitlinien einer neuen Politik zu orientieren:

- *Universalisierung*, also die Einbeziehung aller Erwerbstätigen sowie aller Einkommensarten in Versicherungsschutz und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme; insbesondere das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung steht dafür.
- *Bedarfsorientierung*, also den „armutsfesten“ Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die Sockelung nicht hinreichender Leistungen aus durch steuerfinanzierte Maßnahmen für Menschen, bei denen ein entsprechender Bedarf besteht.
- *Optionalisierung*, also die Ausrichtung der sozialen Schutzsysteme auf Abweichungen vom heutigen „Normalarbeitsverhältnis“ mit Blick auf Lage, Verteilung

und Dauer der Arbeitszeit sowie den Wechsel von einer Erwerbsform in die andere.

Und: Angesichts der immensen Zunahme von Armut brauchen wir die Weiterentwicklung einer sozialen Grundsicherung. Wir müssen aber auch die Armut bekämpfen in der Menschen landen, die Arbeit haben. Wir brauchen existenzsichernde Mindestlöhne.

3. *Eine neue Priorität für öffentliche Güter*

Im Gegensatz zum neoliberalen Modernisierungsprojekt, aber auch zum traditionellen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat muss in einer solidarischen Reformalternative dem Ausbau und der Bereitstellung öffentlicher Güter eine zentrale Funktion zugemessen werden. Dies gilt insbesondere für öffentlich zur Verfügung zu stellende Angebote im Bereich von Bildung, Gesundheit und Erziehung. Die heute weit verbreitete soziale Ungleichverteilung von Lebenschancen in diesen Bereichen muss durch entsprechende Maßnahmen einer „positiven Diskriminierung“ korrigiert werden.

4. *Eine grundlegende Reform des Steuersystems in Richtung einer solidarischen Einfachsteuer*

Die Finanzierung einer problemgerechten Beschäftigungspolitik sowie der neuen Priorität für öffentliche Güter bedarf eines gewissen Finanzvolumens. Hier können entsprechende Reformvorstellungen auf das von Gewerkschaften und Attac erarbeitete Konzept einer solidarischen Einfachsteuer aufbauen. Dieses Konzept zielt auf eine Vereinfachung des Steuersystems, eine Reform der Einkommensbesteuerung im Sinne einer Entlastung unterer und mittlerer Einkommen sowie die stärkere Heranziehung von großen Vermögen, Kapitaleinkommen und sonstiger Besitze zur Finanzierung des Gemeinwesens.

5. *Demokratisierung des politischen Systems*

Das System der parlamentarischen Repräsentation befindet sich in einer Krise. Immer größerer Teile der Bevölkerung sehen sich durch die im Parlament vertretenden

Parteien nicht mehr repräsentiert. Der Einzug der Linkspartei in das Parlament mag das Problem entschärft, sicherlich aber nicht gänzlich gelöst haben. Eine demokratische, soziale Reformbewegung muss daher über Strategien einer Demokratisierung des politischen Systems („Demokratisierung der Demokratie“) nachdenken. Von besonderer Bedeutung könnte hier die Ergänzung des parlamentarischen Systems durch Elemente direkter Demokratie („Plebiszite“) sein.

6. *Ausbau eines demokratischen Systems der Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union*

Starke Gewerkschaften, konfliktfähige betriebliche Interessenvertretungen und mit hinreichenden Rechten ausgestattete Lohnabhängigen galten bisher als unverzichtbare Bestandteile des „Europäischen Sozialmodells“. Das wird zunehmend infrage gestellt. Trotz unterschiedlicher Entwicklungspfade entlang der institutionellen Arrangements in den Ländern der Europäischen Union müssen diese Aspekte auch zukünftig elementare Bestandteile eines reformierten neuen Europäischen Sozialmodells darstellen. Insbesondere transnationale Regelungen sind hier unverzichtbar. Hier steckt die Entwicklung in den Kinderschuhen. Es ist eine unverzichtbare Aufgabe einer solidarischen Reformbewegung, im Rahmen einer offensiven Reformpolitik für ein neues Europäisches Sozialmodell hier voran zu kommen.

7. *Konfliktlösende Friedenspolitik statt konfliktverschärfender Kriegspolitik*

Deutschland wie die gesamte Europäische Union müssen die Veränderungen im System der internationalen Beziehungen analysieren und entsprechende strategische Schlussfolgerungen daraus ziehen. Eine mehr oder weniger kritiklose Unterstützung der neu-imperialen Machtbestrebungen der USA können dabei ebenso wenig akzeptiert werden wie der Versuch, durch eine forcierte Rüstungsanstrengung zum gleichwertigen Kontrahent der USA in Sachen militärischer Stärke zu werden. Ein vereinigtes Europa kann nur die Perspektive einer konfliktmindernden, zivilen Friedensmacht verfolgen. Dieses Selbstverständnis muss Ausdruck in einer eventuell neu zu diskutierenden Verfassung sowie in der konkreten Politik finden.